

# Jäher Sturz vom Palast in die Illegalität

Brutale Unterdrückung der Muslimbrüder seit dem Putsch gegen Mursi vor einem Jahr

Nach der Entmachtung des islamistischen Präsidenten Mursi durch die Armee vor einem Jahr herrscht in Ägypten oberflächliche Ruhe. Sie ist das Resultat einer brutalen Unterdrückung der Opposition und vor allem der Muslimbrüder.

Astrid Frefel, Kairo

Eine «Intifada» – einen Volksaufstand – haben die Anhänger des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi für den 3. Juli ausgerufen. Sie versprechen Präsident Sisi, dass der Jahrestag des Putsches sein letzter Tag sein werde. Kritisiert wird auch der vom Präsidenten verlangte Subventionsabbau mit Preiserhöhungen für Benzin und Strom.

## Gewalt und Realitätsverlust

Aber solchen Aufrufen sind in den vergangenen Monaten nur noch wenige Muslimbrüder gefolgt; manchmal einige Dutzend, dann nach den massenweisen Todesurteilen wieder einige hundert. Die Polizei greift sofort ein – oft unterstützt von Anwohnern – und erstickt jeden Protest im Keim. Immer wieder gibt es Tote und weitere Verhaftungen. Diese Art Kundgebungen sind zu einem Ritual geworden. Neue kreative, friedliche Formen des Protestes sind keine entstanden. Für den Jahrestag des Mursi-Sturzes sind Märsche von 35 Moscheen angesetzt, wie am 28. Januar 2011, als die Tahrir-Revolution mit Unterstützung der Muslimbrüder richtig in Gang kam.

Seit auch die jungen Revolutionsaktivisten und jegliche Opposition ins Visier der neuen Führung geraten sind, versuchen die Islamisten, sich vor allem als Verfechter der Anliegen der Revolution zu profilieren. Dennoch seien die Muslimbrüder noch nie in ihrer über 80-jährigen Geschichte in der Gesellschaft so isoliert gewesen wie heute, erklärt Hassan Nafaa, Politologe an der Kairoer Universität. Das hat vor allem zwei Gründe: die Gewalt und die Weigerung der Muslimbrüder, die neuen Realitäten anzuerkennen.

Zwar ist auch die Welle von Anschlägen – vorwiegend gegen Sicherheitskräfte – etwas abgeflacht, aber sie flammt immer wieder auf. Diese Woche explodierten vor dem Präsidentenpalast in Kairo mehrere improvisierte Sprengsätze, dabei starben zwei Polizisten. Die Muslimbrüder distanzieren sich zwar von jeder Gewalt, aber es ist anzunehmen, dass eine gewisse Verstrickung mit



Zusammenstoss von Mursi-Anhängern mit Polizisten in der ägyptischen Hauptstadt Kairo.

AL YOUSUF AL SIABY / REUTERS

gewaltbereiten Splittergruppen besteht. Für die Regierung steht diese Verbindung ausser Zweifel. Der Krieg gegen die Muslimbrüder werde weitergehen, erklärte Innenminister Mohammed Ibrahim nach den jüngsten Anschlägen.

## Falken geben den Ton an

Getroffen hat diese Salve weitere fünf Kader von islamistischen Parteien, die am Dienstag verhaftet wurden. Sie sind die Letzten einer Repressionskampagne, die 20 000 Muslimbrüder ins Gefängnis brachte. Hunderten von ihnen – unter ihnen Mursi und die gesamte oberste Führungsriege – droht die Todesstrafe. Bereits bei der Auflösung der Mursi-Protestlager im letzten Sommer waren 1400 Personen getötet worden. Über deren Tod verlangen nicht nur die Muslimbrüder, sondern auch nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen Aufklärung.

Die Regierung hat zudem das Vermögen der Muslimbrüder konfisziert. Im oberägyptischen Assiut haben sie sich für die ausbleibende Ramadan-Hilfe entschuldigt, die Verantwortlichen seien tot, im Gefängnis oder würden verfolgt. Mehrere Golfstaaten, al-

len voran Saudiarabien und die Emirate, machen Druck auf verschiedene Regierungen, den Spielraum der Muslimbrüder im Ausland einzuschränken. Die Organisation ist deshalb ein Jahr nach der Entmachtung massiv geschwächt und nicht in der Lage, eine interne Diskussion über die Revision ihrer Positionen einzuleiten, obwohl einzelne Mitglieder inzwischen Fehler eingeräumt haben, etwa die versäumte Reform hin zu einer demokratischen, moderaten Bewegung.

Zwar gibt es dissidente Gruppierungen wie die «Jugend gegen Gewalt», aber im Moment haben weiterhin die alten Hardliner das Sagen. Sie haben bisher keine Vorschläge unterbreitet, die auf die neuen Realitäten eingehen, mit einer Verfassung und einem Präsidenten, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gutgeheissen werden.

Aber auch auf der Seite der ägyptischen Führung geben die Falken, allen voran der Innenminister, den Ton an. Die Schraube wird angezogen mit verschärften Gesetzen, etwa gegen Terrorismus, aber auch neue Kontrollen der sozialen Netzwerke werden eingeführt und die roten Linien in den Medien enger ge-

zogen. Präsident Abdelfatah as-Sisi hat nach seiner Wahl keine Kursänderung angedeutet. In wenigen Monaten finden Parlamentswahlen statt, mit denen der politische Fahrplan abgeschlossen werden soll. Noch ist nicht klar, ob den Islamisten eine Teilnahme erlaubt wird oder nicht. Die Verhaftung weiterer Parteikader spricht eher dagegen.

## Sackgasse ohne Ausweg?

Es herrscht eine Kultur der Rache. Ansätze für einen politischen Ausgleich gibt es derzeit nicht. Mit der Einstufung der Muslimbrüder als «terroristische Organisation» ist ein Ausweg aus dieser verfahrenen Situation schwierig geworden. Kommt dazu, dass auch die Stimmung in der Bevölkerung von Hass gegen die Islamisten geprägt ist. Sie werden für jede negative Entwicklung verantwortlich gemacht.

Die derzeitige oberflächliche Ruhe könnte aber trügerisch sein. Für eine dauerhafte, stabile Entwicklung sei es zwingend notwendig, die auseinanderklaffenden Teile der Gesellschaft zusammenzubringen und eine gemeinsame Basis zu finden, sagt der Politikprofessor Hassan Nafaa.

## Neutralität aus deutscher Sicht

Blick auf Berliner Aussenpolitik

Als Vorbild taugt die Schweizer Neutralität den deutschen Diskutanten beim NZZ-Podium Berlin nicht. Gegenüber Amerika war aber viel Skepsis zu hören.

Joachim Riecker, Berlin

Kann die Neutralität der Schweiz Vorbild sein für Deutschland? Diese Frage stand im Zentrum des NZZ-Podiums Berlin, das am Mittwochabend im Lichthof des Deutschen Historischen Museums stattfand. Unter den berühmten Skulpturen der «Sterbenden Krieger» Andreas Schlüters diskutierten im barocken Zeughaus die Berliner Geschichtswissenschaftlerin Gabriele Metzler, das SPD-Urgestein Egon Bahr und Philipp Missfelder, langjähriger Vorsitzender der CDU-Jugendorganisation «Junge Union» und aussenpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag.

## «Politische Religion»

Fachkundig eingeführt in das Thema wurden die Teilnehmer von Sacha Zala, dem Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte und Direktor der Forschungsstelle für die Diplomatischen Dokumente. «Sagenhafte 96 Prozent» der Schweizer Bevölkerung, so teilte er den Zuhörern mit, wollten laut Umfragen an der Neutralität festhalten, die zur «politischen Religion» des Landes geworden sei. Die Historikerin Metzler, eine Expertin für Westeuropa und die transatlantischen Beziehungen, eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, die Einbindung in die westlichen Bündnisstrukturen sei der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten «gut bekommen», eine Hinwendung zur Neutralität sei daher nicht zu empfehlen.

Egon Bahr, Vordenker der Entspannungspolitik von Willy Brandt in den 1960er und 1970er Jahren, wandte ein, dass diese «Einbindung» auch ihre Schattenseiten habe. Unter Bezug auf die Diskussion in Deutschland um die Anschaffung bewaffneter Drohnen wies der 92-Jährige darauf hin, dass die USA solche unbemannten Fluggeräte auch in Deutschland stationiert hätten und man in einem möglichen amerikanisch-russischen Konflikt plötzlich wieder zum Angriffsziel werden könne. Missfelder hielt dem entgegen, viele Deutsche seien insgeheim froh darüber, dass die Amerikaner im Kampf gegen Terroristen so manches machten, «was wir selbst nicht können und wollen».

## Erstaunliche Einigkeit

Bahr beeilte sich dann aber, zu versichern, er sei schon immer gegen die Neutralität Deutschlands gewesen. Von Amerika solle sich Deutschland allerdings weiter «emanzipieren», wogegen Missfelder nur wenig einzuwenden hatte. Auch sonst waren sich der CDU-Jugendfunktionär und der Senior von der SPD in vielen Fragen erstaunlich einig. So sahen beide nichts Verwerfliches darin, dass Deutschland im Frühjahr 2011 seinen westlichen Verbündeten die Unterstützung für ihren Militäreinsatz in Libyen versagt hatte – man sehe ja, in welch desolatem Zustand sich das nordafrikanische Land heute befinde. Die Historikerin Metzler wollte dann aber doch an die transatlantische «Wertegemeinschaft» erinnern, die Deutschland und die USA trotz manchen Differenzen miteinander verbinde.

Am Ende der Diskussion kamen auch Zuhörer zu Wort und fragten unter anderem nach den Abhöraktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes NSA in Deutschland. Noch einmal herrschte Einigkeit auf dem Podium – Bahr und Missfelder nickten zustimmend zu der Feststellung Metzlers, dass auch eine Neutralität die amerikanischen Ausspähaktivitäten in Deutschland nicht verhindert hätte. Bei aller Anerkennung für die Schweizer Neutralität – als Vorbild für Deutschland taugte sie den Diskutanten dann doch nicht.

Weiterer Bericht Seite 34

## Streit unter Oligarchen zerrüttet Bulgarien

Nach dem Boykott der grössten Oppositionspartei gibt es im Parlament keine beschlussfähige Mehrheit mehr

Die enge Verquickung von Oligarchen und Politikern hat Bulgarien für kurze Zeit an den Rand des Abgrunds gebracht. Die derzeitigen politischen Turbulenzen werden auf einen Streit der beiden einflussreichsten Unternehmer zurückgeführt.

Paul Flückiger, Warschau

Die vom bulgarischen Staatspräsidenten Plewneliew angekündigte Einsetzung einer Interimsregierung per Anfang August hat die Parlamentsarbeit vollständig paralysiert. Nach dem Rückzug der Abgeordneten der rechtsextremen Partei Ataka kündigte am Donnerstag auch die Oppositionspartei Gerb an, sie werde den Parlaments-sitzungen künftig fernbleiben. Damit droht dem von einer Finanzkrise erschütterten Land auch eine politische Lähmung. Nach dem Sturm auf zwei grosse Geschäftsbanken zeigt sich, dass nicht nur kriminelle Machenschaften hinter den Angriffen auf die Finanz-

institute zu vermuten sind. Es geht auch um einen Streit zwischen den beiden einflussreichsten Oligarchen. Der am Montag von der Staatsanwaltschaft als einer der Hauptschuldigen bezichtigte Investmentfonds musste offenbar nur als Sündenbock herhalten.

## Korruption und Erpressung

Im Vordergrund dieses neuesten bulgarischen Skandals steht erneut der Name Deljan Pejewski. Der Parlamentsabgeordnete der DSP, der Partei der türkischen Minderheit, hatte ziemlich genau vor Jahresfrist den Bürgerprotesten wieder neue Nahrung gegeben, als er von der sozialliberalen Regierungskoalition zum Vorsitzenden der staatlichen Agentur für Nationale Sicherheit gewählt worden war. Pejewski trat zwar schnell zurück, doch die Proteste flauten erst Anfang dieses Jahres ab.

Inzwischen hat einer der Protestführer, Asen Genow, gegen Pejewski und dessen bisherigen Geschäftsfreund Zwetan Wassiliew, den reichsten Bulgaren, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Korruption, Geldwäsche und Er-

pressung eingereicht. Im Juni wurden die Büros von Wassiliew durchsucht. Pejewski, dem in Sofia hervorragende Beziehungen zur Staatsanwaltschaft nachgesagt werden, wurde bisher verschont. Auch die derzeitige Bankenkrise begann mit Attacken auf Wassiliews KTB-Bank. Zeitungen und Sender des von Pejewski und seiner Mutter kontrollierten Medienimperiums, das rund 60 Prozent des bulgarischen Marktes beherrscht, zweifelten an der finanziellen Stabilität der Bank und sagten ihr einen baldigen Konkurs voraus. Ein paar Tage später wurden Kunden der laut Insider Pejewski nahestehenden PIB-Bank diesmal mit Mails, SMS und Telefonanrufen dazu bewegt, ihre Sparanlagen abzugeben.

Als Ursache wird in Sofia ein Streit der seit über zehn Jahren eng zusammenarbeitenden Oligarchen Pejewski und Wassiliew vermutet. Beide Unternehmer hatten sich gemeinsam um Bauaufträge für die inzwischen auf EU-Druck hin auf Eis gelegte russische South-Stream-Pipeline bemüht. Den Zuschlag hatte das bulgarische Konsortium zusammen mit der russischen

Firma Strojtransgaz erhalten, doch entstand ein Streit unter den Oligarchen über die Kontrolle diverser Subunternehmer. Wassiliew soll daraufhin von Pejewski ultimativ die Zahlung von 130 Millionen Euro Kreditrückständen gefordert haben. Mittlerweile bezichtigten sich beide Oligarchen, einen Auftragsmörder auf den jeweils anderen angesetzt zu haben. Wassiliew soll sich ins Ausland abgesetzt haben.

## Selbsterherrliche Elite

Die von der städtischen Mittelklasse getragene Protestbewegung hat sich zum Ziel gesetzt, den Einfluss der Oligarchen auf die bulgarische Politik zurückzudrängen. Nach einer fehlgeleiteten Privatisierung ist es in den neunziger Jahren zu einer ausserhalb der ehemaligen Sowjetunion einzigartigen Verquickung von Oligarchen und Politikern gekommen. In Gesprächen mit Protestierenden in Bulgarien ist immer wieder zu hören, das Land müsse sich endlich zu einem normalen europäischen Staat entwickeln.